

Schluss mit Stellvertreterpolitik

Am 24.11.2012 begann die Flüchtlingsbewegung mit dem Marsch von Traiskirchen nach Wien. Im letzten Jahr gab es zahlreiche Aktionen, das Camp im Votivpark, die Besetzung der Kirche und eine Reihe von Demonstrationen. Das neue an dieser Bewegung ist, dass Flüchtlinge für sich selbst sprechen. Die SLP ist seit Beginn aktiver Teil der Bewegung. **Seite 2**

LehrerInnenstreik in Brasilien

In mehr als zwei Monaten Streik konnten die LehrerInnen in Rio einen Teilsieg erzielen: Die GemeindelehrerInnen konnten 15 % Lohnerhöhung erkämpfen, die BundeslehrerInnen 8 %. Es war der größte Streik im Bildungsbereich in den letzten 20 Jahren. Das Ergebnis zeigt, dass es sich lohnt zu kämpfen – auch wenn nur ein Teil der Forderungen erfüllt wurde. **Seite 12**

Schwerpunkt

„Der faule Beamte“ ist ein Klischee, um Kürzungen im Sozial- und Bildungswesen durchzubringen. Ein Schwerpunkt zu Geschichte und widersprüchlichen Aufgaben des Öffentlichen Dienstes. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 223 | 11.2013



Höhere Löhne müssen wir erkämpfen!

Die Medien sind voll mit Propagandainseraten von Industriellenvereinigung & Co. Dementsprechend auch das mediale Trommelfeuer, dass bei Pensi-

Innen haben Hochkonjunktur.

Wir müssen uns auf die nächste Welle von Verschlechterungen vorbereiten. Eigentlich sollten die

nichts – die alte-neue Regierung hat bei der Debatte ums Lehrerdienstrecht deutlich gemacht, dass ihnen die Gewerkschaften egal sind. Es gibt viele Bereiche, wo ein kämpferisches Auftreten nötig ist. Gegen die „moderate“ Lohnrunde im Öffentlichen Dienst für 2014 und gegen die Nulllohnrunde in Niederösterreich. Im LehrerInnenbereich muss die Verlängerung der Arbeitszeit abgewehrt werden. Es braucht höhere Gehälter, um der Armutsgefährdung vieler Handelsangestellter (v.a. vieler Alleinerzieherinnen) entgegenzuwirken. Der Sozial- und Gesundheits-

bereich braucht u.a. eine deutliche Gehaltserhöhung um mindestens 150 €.

Von Reichensteuer bis Wertschöpfungsabgabe: Die Gewerkschaften haben gute Beschlüsse. Doch viele GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen wollen über „Lohnschere“ und „Armutsgefährdung“ nicht nur Studien hören, sondern endlich auch aktiv dagegen kämpfen! Mit der Streikdrohung haben die Metaller ein starkes Lebenszeichen gesetzt. Das Ergebnis liegt allerdings weit hinter den Erwartungen und Möglichkeiten. Ein enttäuschter Metaller macht klar: „Mit

Streik wäre mehr drin gewesen, wir haben das auch vom Betriebsrat gefordert.“ Wir müssen den Druck von unten, in Betrieben und Gewerkschaften, aufbauen, damit endlich Schluss ist mit den Angriffen und den faulen Kompromissen.

Michael Gehmacher

Die SLP fordert:

- Kampf jeder Privatisierung!
- Keine Kompromisse bei den Lohnrunden! Statt „arm trotz Arbeit“ +150.- und 1.700.- Mindestlohn!
- Statt Rekordarbeitslosigkeit – konsequente Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn/Gehalt!

SPÖ & ÖVP verhandeln über künftige Einsparungen und Privatisierungen. Das heißt: Fette Gewinne für Investoren, Verschlechterungen für uns.

onen, beim Öffentlichem Dienst und im Gesundheitsbereich gespart werden müsse. Pseudoexper-

Gewerkschaften jetzt beginnen, Widerstand zu organisieren. Auf Verhandlungen zu setzen bringt

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Die Toten vor der Küste von Lampedusa haben Schock, Entsetzen und Betroffenheit hervorgeufen. Auch die hohen Spitzen der Politik kamen zum traurigen Stelldichein, um Hände zu schütteln, Schultern zu klopfen und Maßnahmen zu versprechen. Was folgt ist an Zynismus kaum zu überbieten. Zwar wird darüber gesprochen, dass Europa mehr Flüchtlinge aufnehmen soll. Aber – mit dem Blick auf Wahlen und das Erstarren ausländerfeindlicher Parteien – bitte nicht bei uns, sondern woanders. Überhaupt sei das Boot Europa eigentlich voll. Flüchtlinge sollen aber, damit es künftig nicht mehr so grausliche Bilder von Wasser-

Die neuentdeckte Menschlichkeit - aber bitte bei den Anderen!

leichen gibt, nicht erst am Eintritt nach Europa gehindert werden, sondern gleich an der Ausreise aus den Fluchtkontinenten. Der Pakt der Regierungen, deren Kolonialismus die Länder arm macht mit jenen Regierungen, deren Diktatur die Menschen verfolgt. Aber weil die nicht so verlässlich, oder z.B. in Nordafrika nicht mehr da sind, investiert die EU zum Schutz der Außengrenzen in Eurosur. Und zwar 250 Millionen bis zu einer Milliarde Euro. Der Zaun um die Festung Europas wird höher und mit Satelliten und Drohnen überwacht. Gerade mal 100.000 Asylanträge werden in der gesamten EU heuer gestellt werden – das entspricht weniger als 0,02 % der europäischen Bevölkerung. Doch es geht nicht darum, uns vor den Flüchtlingen zu schützen. Unsere Jobs und Löhne sind nicht von Flüchtlingen bedroht, sondern von KapitalistInnen, die ihre Profite schützen wollen. Unser Lebensstandard ist nicht von Flüchtlingen bedroht, sondern von einer aggressiven Sparpolitik der Regierungen, die die Banken retten wollen. Unser Problem sind nicht Flüchtlinge, sondern das 1 % an Reichen und Mächtigen, die verantwortlich sind für eine Welt, die Menschen überhaupt dazu bringt, zu flüchten und dann versucht, uns gegeneinander auszuspielen, um weiter an der Macht zu bleiben.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08.20202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Schluss mit Stellvertreterpolitik

Was wurde in einem Jahr Flüchtlingsbewegung bisher erreicht?

Muhammad: Die Flüchtlinge haben viel Respekt in

hat die Innenministerin die Bewegung geschwächt. Der ÖGB hat abstrakte Solidaritätserklärungen abgegeben, aber nicht mit den Flücht-

überleben können. Das ist eine fragwürdige Unterscheidung von Staaten, die die „Wirtschaftsflüchtlinge“ nicht aufnehmen wol-

Nora Brandes interviewt Muhammad Numan (Flüchtlingsaktivist) und Maria Hörtner (SLPlerin).

Österreich gewonnen. Wir haben bewiesen, dass wir politische AktivistInnen sind, die sowohl im Herkunftsland als auch in Österreich gegen diese Regierungen aktiv sind.

Wie können die Flüchtlinge ihre Forderungen erkämpfen?

Maria: Die prekäre Lage vieler Flüchtlinge hat zu einer „Nichts-zu-verlieren“-Haltung, aber auch Unsicherheit geführt. Mit den Abschiebungen im Juli 2013

lingen demonstriert. Das ist aber nötig, um gesellschaftlichen Druck aufzubauen.

Was hältst du von der Unterscheidung in „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „politische Flüchtlinge“?

Maria: Niemand verlässt freiwillig die Heimat. Es gibt politisch, ethnisch oder religiös verfolgte Flüchtlinge und solche, die wegen der Wirtschaftslage in ihrer Heimat nicht

len. Doch gerade sie sind an der Lage in den Herkunftsländern schuld.

Welche Rolle spielt die SLP?

Maria: Die SLP war von Anfang an dabei, stark an der Organisation für den Marsch von Traiskirchen beteiligt und hat die bisher größte Demo am 16.2.2013 maßgeblich mitgestaltet. Wir fordern vom ÖGB, aktiv mit den Flüchtlingen für das Recht auf Arbeit zu kämpfen.

Selbstorganisation von Flüchtlingen: Ein großer Fortschritt

Schon vor der Flüchtlingsbewegung hatte es immer wieder Demos gegen Abschiebungen gegeben. Doch vor einem Jahr wurden Flüchtlinge selbst aktiv. Statt Stellvertreterprotesten durch solidarische AktivistInnen protestieren nun Flüchtlinge gemeinsam mit UnterstützerInnen. Flüchtlinge werden nicht mehr als anonyme Abschiebeopfer wahrgenommen, sondern als selbstbewusste Menschen, die für ihre Rechte kämp-

fen und den europäischen Regierungen zu Recht vorwerfen, an den Fluchtsachen ihn ihren Heimatländern mitverantwortlich zu sein. Für die SLP ist wichtig, dass die Flüchtlinge von ihren UnterstützerInnen nicht bevormundet werden. Wir machen Vorschläge zur Strategie des Kampfes, entscheiden müssen das die Flüchtlinge selbst. Nicht die Caritas oder sonstwer sind die Experten, sondern die Flüchtlinge selbst.

Forderung der Refugees: Arbeitsmarktzugang

Das **Arbeitsverbot** drängt die AsylwerberInnen in „Schwarzarbeit“, in die Prostitution und in die Kriminalität – denn von der Grundversorgung kann niemand menschenwürdig leben. Flüchtlinge werden dadurch als LohndruckerInnen missbraucht und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Wer aber einen Job und die finanziellen Mittel zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben hat, kann sich ein Umfeld aufbauen, das bei

einer drohenden Abschiebung dann auch schützt. Aus Solidarität und weil die Spaltung allen Beschäftigten schadet, ist es daher die Verantwortung von GewerkschafterInnen, sich gemeinsam mit den Flüchtlingen für den Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen einzusetzen. Nur gemeinsam können wir für Arbeitszeitverkürzung und gute Löhne für alle und gegen die Spaltung in „InländerInnen“ und „AusländerInnen“ kämpfen.





Tut sich was in der SPÖ?

Schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen wurde Kritik aus der SPÖ-Basis laut. Ausgehend von der Wiener Sektion 8 und

gefahren und die Mitgliederzahl hat sich seit 1979 halbiert. Dies ist eine direkte Folge der Politik der SPÖ in den letzten Jahr-

nur 2 % aller Ortsorganisationen unterschrieben. Das zeigt, wie wenig aktive Basis die SPÖ noch hat.

Die in der SPÖ verbliebenen SozialistInnen müssen, wenn sie ihre Ideen treu bleiben, gegen Linie und Politik der Partei auftreten. Die SLP unterstützt die Proteste von SPÖ-Basismitgliedern und Strukturen gegen den Rassismus, die Kürzungspolitik und die Anti-Gewerkschaftspolitik der SPÖ. Wir meinen aber auch, dass eine neue ArbeiterInnenpartei, die sich nicht an die Diktate der Wirtschaft hält, sondern offen gegen die etablierte Politik auftritt, notwendig ist. Eine solche neue Linkspartei ist auch der beste Schutz gegen ein weiteres Erstarren der FPÖ. Das zeigt die Existenz der Linken in Deutschland.

Lisa Wawra

Teile der Basis fordern ein Mitspracherecht, die Spitze will um jeden Preis regieren.

der Sozialistischen Jugend wurde eine Urabstimmung über den Koalitionspakt gefordert.

Grund dafür ist die Sorge, dass die Parteiführung, um den Kanzler zu behalten, weitgehende Zugeständnisse an die ÖVP macht. Aber hat die SPÖ ein grundlegend anderes Programm als die ÖVP?

Heuer hat die SPÖ das schlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte ein-

zehnten, die hauptsächlich aus Sparpaketen und Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem bestand.

Sektion 8, SJ und andere, die um die Zukunft ihrer Partei fürchten, erhoffen sich durch eine stärkere Einbeziehung der Basis einen Kurswechsel bzw. eine Rückbesinnung auf die „gute alte Sozialdemokratie“.

Doch die Unterstützung ist mager – bisher haben

Dementsprechend unbeeindruckt zeigt sich die Parteiführung. Dass sich einige Landesorganisationen zu Wort gemeldet haben drückt nur aus, dass sie den Protest nutzen, um ihre eigene Position in der Partei zu verbessern.

Die alleinige Forderung nach einer Urabstimmung greift auch zu kurz, es fehlen konkrete Forderungen und gezielte Aktionen dafür.

Europaweit organisieren sich Flüchtlinge

Deutschland: Im März 2012 begann die Refugee Tent Action, v.a. gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Lagern. Über 150 Tage, 50 davon im Hungerstreik, protestierten – ausgelöst durch den Selbstmord eines Flüchtlings – in Würzburg iranische Flüchtlinge. Der Protest weitete sich auf 12 Camps aus. Nach einem Protestmarsch von Würzburg nach Berlin wurde Berlin das Zentrum des Protests. Ein Camp am Brandenburger Tor hal-

ten die „No-Citizens“ trotz Repression aufrecht und rufen im November zu einer weiteren Demo auf. Es gab zwei Bustouren und einen Kongress in München. Nach Hunger- und Durststreik am Münchner Rindermarkt musste die Politik Zugeständnisse machen. Flüchtlinge suchten Schutz im DGB-Haus. Sie gewannen GewerkschafterInnen als Fürsprecher und den DGB-Vorsitzenden von München für eine Solidaritätserklärung.

Schweden: Ein Hungerstreik junger afghanischer Flüchtlinge in Gevlö, um gegen ihre Lebensbedingungen zu protestieren.

Australien: Proteste auf den Christmas Islands 2011. Sie richteten sich gegen die langen Anhaltungen, die miserablen Umstände, vor allem schlechte Gesundheitsversorgung und psychische Probleme durch die lange Isolation der Flüchtlinge, unter denen auch Kinder sind.

Griechenland: 2012 war der größte Hungerstreik der griechischen Geschichte durch 300 „illegale“ MigrantInnen, die Papiere und gleiche Rechte fordern.

Zypern: 100 kurdische Flüchtlinge aus Syrien, die u.a. als politische Flüchtlinge anerkannt werden wollen, führen im Mai 2006 den größten Flüchtlingsprotest der zypriotischen Geschichte durch. Der mehrwöchige Hungerstreik setzte die Abschiebebefehle aus.

Der rechte Rand

Der Nazi-Mob, der durch die Straßen zieht; Wo gibt es denn so was noch? In Wien Favoriten griffen am Sonntag, den 27.10. Nazis das Ernst-Kirchweger Haus (EKH) an. Das ehemals besetzte Haus ist ein linkes Zentrum und Sitz der linken, türkischen Organisation Atigf. Der Angriff durch die 30-40 Nazis war geplant und die Gruppe bewaffnet (Stangen, Steinschleudern, Flaschen). Die Atigf trifft sich regelmäßig am Sonntag zu ihrem Frühstück, wo ganze Familien teilnehmen. Auch zum Zeitpunkt des Angriffs spielten Kinder im Haus.

Die Angreifer kommen von den „Unsterblichen“, dem inzwischen inoffiziellen Fanclub der Austria. Begrüßung mit Hitlergruß und Sprüche wie „Alle Rapidler sollen gelbe Sterne tragen“ gelten als üblich. „Unsterbliche“ sind verantwortlich für zahlreiche Gewalttaten und Wiederbetätigungsdelikte, nicht nur bei Fußballspielen.

Der Angriff konnte von den Anwesenden zurückgeschlagen werden, ein Antifaschist wurde verletzt. Die gestellten Nazis gingen aber trotz Vorstrafen, Bewaffnung und Planung nicht in Untersuchungshaft. Ein politischer Hintergrund müsse „erst noch überprüft werden“, so die Polizei. Auch die Vereinsführung der Austria macht oft lieber beide Augen zu, als gegen die Nazis vorzugehen. Stadionverbote werden nicht exekutiert und NS-Symbole auf Kleidung und Bannern ignoriert. Widerstand kommt aber immer wieder von den echten Fans, die sich gegen die Vereinnahmung durch die Nazis wehren. Dieser Angriff stellt eine neue Qualität dar und zeigt, wie gefährlich die rechte Szene ist.

In Chicago standen 2012 zwei Wochen lang die Schulen still, aber nicht die LehrerInnen. Die Chicago Teachers Union (CTU) führte ihre ca. 26.000 Mitglieder in den Streik.

In vielen Medien hieß es anfangs, sie wollten „Privilegien“ verteidigen. In Wirklichkeit ging es um den Kampf für bessere Bildung und das Zurückschlagen von Kürzungen. Der Bürgermeister wollte u.a. die Bezahlung der LehrerInnen an die Leistungen ihrer SchülerInnen knüpfen. Zusätzlich ging es um den Abbau von Jobs und weitere Verschlechterungen.

Um nicht isoliert zu werden, startete die CTU eine eigene Kampagne, gerichtet an Eltern und

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

Öffentlichkeit. Bei Versammlungen, Demos, Streikposten etc. wurde die Misere im amerikanischen Schulsystem durch LehrerInnen und UnterstützerInnen thematisiert. Statt der Hetze der Medien zu folgen, wandte sich die Wut der Menschen schnell gegen die Stadtregierung und Obama.

Schon nach einer Woche Streik machte der Bürgermeister ein Angebot an die CTU, das viele der Kürzungen abschwächte und von Vielen als Sieg gesehen wurde. Doch die Mehrheit der LehrerInnen stimmte in einer Urabstimmung dagegen. Viel guter Zuspruch von Eltern, SchülerInnen oder einfach nur PassantInnen, die streikende LehrerInnen beglückwünschten, gab ihnen das Selbstvertrauen, den Streik fortzuführen und mehr rauszuholen. Am Ende musste der Bürgermeister seinen „Reformvorschlag“ praktisch begraben. Der Erfolg ist Rückenwind für die Gewerkschaftsbewegung mitten in der Krise.

Tilman M. Ruster



Parlament & Gewerkschaftsfeinde

183 Sitze gibt es im Nationalrat. 107 gehen an offen (ÖVP, FPÖ, Team Stronach, NEOS), 76 an praktisch wirtschaftsliberale Parteien

schwung brauche in Österreich grundlegende strukturelle Veränderungen, also Angriffe auf ArbeiterInnen, so die Industriellenvereini-

ner härteren Gangart gegen Lohnabhängige getrieben als bisher.

Feymann und Spindelegger geben derweil kund, ein

gebauer ist wie seine sozialdemokratischen Gegenspieler ein Beispiel für GewerkschafterInnen, die im Parlament jede arbeitnehmerfeindliche Aktion ihrer Parteien mittragen. Solche Leute brauchen wir nicht, stattdessen gehören echte KämpferInnen ins Parlament! Wer die Interessen der Beschäftigten heute ehrlich vertreten möchte, kann das eigentlich nur mehr gegen die Parlamentsparteien. GewerkschafterInnen brauchen einen neuen politischen Bündnispartner, eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche. Denn die kommenden Jahre werden weitere Sparpakete und Nulllohnrouden bringen, die zu bekämpfen sind!

Christian Bunke

Der neugewählte Nationalrat bedeutet für ArbeitnehmerInnen nichts Gutes..

(SPÖ, Grüne).

Schon vor den Wahlen forderte die ÖVP die „Entfesselung der Wirtschaft“ und den Zwölfstundentag. Das sind direkte Forderungen aus den Etagen der Unternehmerverbände. Industriellenvereinigung & Co. fordern in der Metallohnrunde flexiblere Arbeitszeiten und Mehrarbeit für RaucherInnen.

Ein schwacher und gefährdeter Wirtschaftsauf-

schwung in einer jüngsten Stellungnahme.

Denn weltweit spitzt sich die wirtschaftliche Lage zu. Darüber kann auch der derzeitige Miniaufschwung nicht hinwegtäuschen. Er bereitet lediglich den nächsten Krisenschub vor, mit möglicherweise katastrophalen Auswirkungen für die exportabhängige heimische Wirtschaft. Österreicherische Wirtschaftsbosse werden deshalb zu ei-

neues Lehrerdienstrecht (höhere Arbeitszeiten) auch ohne Zustimmung der Gewerkschaft durchsetzen zu wollen. Die Grünen stimmen ein und wollen eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten für LehrerInnen.

Die zuständige Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und deren Führung, der konservative Neubauer, zeigt sich pikiert und möchte „mitreden“. Neu-

BAGS-Beschäftigte: "Sozial, aber nicht blöd!"



Wegen der in den letzten Jahren schwachen Abschlüsse im Sozialbereich gibt es jetzt die Initiative „Sozial, aber nicht blöd“. Ziel ist eine kämpferische Kampagne rund um die BAGS-Verhandlungen, damit die Gewerkschaft nicht wieder einem miesen Abschluss zustimmt. Erste Schritte gab es schon: So wurden im „Theresiengut“, einem Behindertenwohnheim in Linz, bei einer betrieblichen Abstimmung u.a. eine Lohnerhöhung

von 7 % bzw. mindestens € 150 netto/Monat, eine zusätzliche Urlaubswoche und die Urabstimmung der Verhandlungsergebnisse in den betroffenen Betrieben gefordert. Mit Flugblättern und Unterschriftenlisten wurden die Forderungen in Linz verbreitet, unterstützt durch KollegInnen aus anderen Betrieben und der SLP. In Wien gab es bereits mehrere Treffen der Initiative, die auch bei einer Betriebsversammlung von „Jugend am Werk“ vorge-

stellt wurde. Die aufliegenden Unterschriftenlisten wurden von vielen KollegInnen unterschrieben.

Bis zur Übergabe des Forderungskataloges der Gewerkschaften im Dezember gilt es, sich zu vernetzen, Betriebsversammlungen abzuhalten und zu diskutieren, welche Forderungen wir aufstellen und wie wir diese erreichen können – dazu werden wohl auch Streiks notwendig sein..

Flo Klabacher, Betreuer sozialabernichtbloed@gmx.at

Equal Pay Day: Höhere Löhne erkämpfen!

Am 4. Oktober war Equal Pay Day 2013. Das bedeutet, dass (durchschnittlich) ab diesem Tag Frauen ein Jahr gratis arbeiten. Teilzeitarbeit und die schlichte Tatsache, dass Frauen oft weniger als ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit bekommen, sind die Ursache. Zusätzlich treiben die niedrigeren Löhne in Branchen, wo überwiegend Frauen arbeiten, die Lohnschere weiter auseinander. Dazu gehört z.B. Handel, Reinigungskräfte, Gastronomie und eben auch der (öffentliche und private!) Gesundheits- und Sozialbereich.

Ende des Jahres beginnen die Kollektivvertragsverhandlungen (KV) des privaten Gesundheits- und Sozialbereichs (BAGS) statt. Seit Jahren hat die Gewerkschaftsführung hier eine fatale Tradition aufgebaut. Zuerst wird die Verhandlung abgebrochen, dann bundesweite Demos veranstaltet, die eher Dampfblasaktionen gleichkommen, um schließlich doch eine Lohnerhöhung unter der Teuerungsrate zu akzeptieren. Die Demos werden immer größer. Die Wut wäre da. Doch diese Vorgangsweise frustriert die KollegInnen nur. Deshalb führt die SLP gemeinsam mit kämpferischen BetriebsrätInnen und Kol-

legInnen dieses Bereiches eine Kampagne für höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung im BAGS (siehe Seite 4).

Der Equal Pay Day war Anlass für eine erste Aktion in Linz. Beschäftigte des Sozialbereichs und AktivistInnen der SLP sammelten gemeinsam zahlreiche Unterschriften. Die Erklärung „Wer gegen die Lohnschere zwischen Frauen und Männern kämpfen will, muss für höhere Löhne im Gesundheits- und Sozialbereich kämpfen.“ leuchtete vielen ein. Das war etwas konkreter als die Lippenbekenntnisse der Gewerkschaft auf ihrer „kreativen“ Aktion. Die Initiative stieß bei jungen wie älteren Frauen und Männern aus verschiedenen Branchen auf große Zustimmung. In Kürze waren die Unterschriftenlisten voll. Dabei kam viel Wut über „die da oben“, die Teuerung, die Situation am eigenen Arbeitsplatz und die faule Gewerkschaftsführung hoch.

Jetzt gilt es, weiter Unterstützung zu sammeln, nicht nur auf der Straße, sondern vor allem auch in verschiedenen BAGS-Betrieben und unter Betroffenen anderer Bereiche. Damit die Lohnrunde heuer eine kämpferische wird und echte Verbesserungen – gerade für Frauen – bringt!

Jan Millonig
fb/bags.kampagne



10 Mrd. für Bildung & Soziales!

Am 7.10.2013 rief die „Initiative für ein faires LehrerInnendienstrecht“ (IFLD) zu einer Demonstration gegen das neue Dienstrecht

staltung in das Pädagogik-Studium, um Betroffene direkt zu erreichen.

An der Demonstration nahmen zahlreiche SLP-

und zu vergrößern. Dabei muss man nicht nur gegen Verschlechterungen kämpfen, sondern auch für ein völlig neues Schulsys-

Die SLP wird auch in Zukunft jeden Kampf für bessere Bildung unterstützen & sich daran beteiligen.

auf. Dieses würde massive Verschlechterungen im Bildungsbereich bedeuten. Ca. 400 DemonstrantInnen versammelten sich vor der Uni Wien, um von dort aus zum Bundeskanzleramt zu ziehen.

Im Vorfeld waren SLP-AktivistInnen unterwegs, um für die Demonstration zu mobilisieren. Dabei nutzten wir z.B. den Tag der Wiener Schulen und die Einführungsveran-

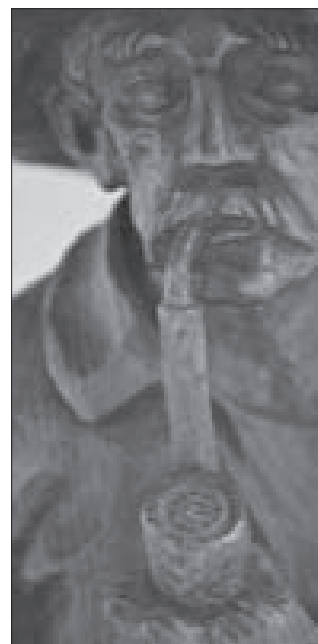
Aktivistinnen (LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern) mit Transparent, Megaphon, Infomaterial und Redebeiträgen teil.

Sebastian Kugler, Lehramtsstudent und SLPler, betonte in seiner Rede, dass es nicht reicht, einmal gegen das neue Dienstrecht auf die Straße zu gehen. Nach dem Erfolg dieser Demonstration müssen wir weiter arbeiten, um den Protest fortzuführen

tem, in dem nicht Sparzwang und Wirtschaft regieren.

Das kann jedoch nur gelingen, wenn LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen sich organisieren und gemeinsam für diese Verbesserungen kämpfen, denn die Betroffenen sind die echten ExpertInnen. Die SLP wird diesen Kampf auch weiter voll unterstützen.

Christoph Glaninger



Widerstand regt sich im schwarzen Tirol!

Der erste Zeitungsverkauf Anfang Oktober in der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße stieß auf breites Interesse. Innerhalb einer Stunde verkauften wir 10 Zeitungen und verteilten über 200 Flyer. Am gleichen Tag fand das erste Treffen der Innsbrucker Ortsgruppe statt. Sechs InteressentInnen aus Tirol und Vorarlberg lernten die SLP kennen und beteiligten sich an intensiven Diskussionen über die Krise des Kapitalismus, alter-

native Regierungsformen, über die Frage der Enteignung der Superreichen und sozialistische Politik. Ein Interessent meinte über das Treffen: „Endlich eine durch und durch sozialistische Organisation!“ Auch Zuwachs bahnt sich an: Einige TeilnehmerInnen zeigten Interesse, die SLP in Tirol aufzubauen. Komm zu Aktionen und Diskussionen! Werde aktiv! Schreib uns an: tirol@slp.at
Andreas Sauter

Termin des Monats

Internationale Krise & Revolution



Anfang Dezember treffen sich SozialistInnen aus der ganzen Welt. Diskutiert werden die zweite Phase der „Arabischen Revolution“, die Forderungen der Proteste in der Türkei, Erfahrungen mit den Klassenkämpfen in Brasilien und China sowie Berichte von der neuen ArbeiterInnenpartei in Südafrika. Und natürlich die Perspektiven für die Weltwirtschaft und die ArbeiterInnenbewegung.

Bericht vom Internationalen Treffen des CWI

Dienstag, 10. Dezember, 19.00 Uhr

Wien 20, Pizzeria "La Piazza", Gaussplatz 7

Was haben Österreichs Stronach, Tschechiens Babis, Russlands Prochorov sowie die Amerikaner Romney und Bloomberg gemeinsam? Sie gehören zu den reichsten Menschen der Welt. Und sie haben es sich zum Ziel gesetzt, aktiv in der Politik mitzuwirken. Zwei Fragen drängen sich auf: seit wann und wozu? Die Bemühungen der Bourgeoisie, ihre Klasseninteressen politisch umzusetzen, sind so alt wie die Bourgeoisie selbst. Der übliche Weg verläuft über Lobbying bzw. direkte oder indirekte Beeinflussung der Meinung von Öffentlichkeit oder Parteien. Das ist z.B. in den USA gang und gäbe. Doch wie-

Rote Seitenblicke

len Superreichen ist das nicht genug – sie gründen eigene Parteien. Es steckt mehr dahinter als ein wahnsinniger Egomane wie Berlusconi oder rechte Ideologie wie beim deutschen Frey. Wenn die etablierten Parteien versagen, die Massen nach Alternativen suchen und der Kapitalismus in der Krise steckt, dann treten die Superreichen an, um das System zu retten – und gründen eine „alternative“ Partei! Denn wer kann die Interessen des Kapitals besser, effizienter und radikaler vertreten als ein Kapitalist. Nachdem Profitbesessenheit, Ausbeutung und autoritäres Weltbild in eine attraktive, frische und „demokratische“ Hülle verpackt sind, präsentiert sich die Partei dann als eine Alternative zu der versagenden Regierung, fängt die enttäuschten WählerInnen auf und bieten somit ein Ventil für den potentiell revolutionären Druck, der sich im Kapitalismus aufbaut. Und statt Sparpaketen gibt es dann Sparpakete!

Nikita Tarasov



Tägliche Turnstunde: ja, aber...

Nur 28 % der Kinder und Jugendlichen in Österreich betreiben Sport. Es darf nicht verwundern, wenn dabei bereits 24 % aller 7-14-Jährigen fettlei-

Menschen. Es werden weder der Freiraum noch die Möglichkeiten geboten, die sie brauchen.

Die tägliche Turnstunde im Sinne von SPÖ & Co.

bringen. Bleibt noch die forcierte Arbeitszeitverlängerung für LehrerInnen. Aber auch TurnlehrerIn ist kein Halbtagsjob – wie bei allen Lehre-

Nur mit mehr Geld und im Rahmen einer Ganztagschule könnte ein Mehr an Bewegung umgesetzt werden. Diese ließe sich ideal mit einem frei-

Die etablierten Parteien wollen mehr Bewegung an den Schulen – klingt gut, hat aber viele Haken.

big sind. Ab 2014 soll die tägliche Turnstunde laut SPÖ in allen Pflichtschulen durchgesetzt werden.

Ein Mehr an Bewegung ist durchaus begrüßenswert. Aber eine solche Reform kann nicht über das antiquierte österreichische Schulsystem hinwegtäuschen: Kinder und Jugendliche werden ans System angepasst und nicht die Schule an den Bewegungsdrang des

soll innerhalb des bestehenden Schulsystems umgesetzt werden und dabei am besten nichts kosten. Wie soll das gehen? Es fehlt an Räumlichkeiten und LehrerInnen. Verteidigungsminister Gerald Klug sprach davon, „Vereine in die Schulen zu bringen“. Private Vereine in die Schulen zu holen, würde eine weitere Privatisierung der Bildung und Mehrkosten für die Eltern

rInnen gilt auch hier: Gute Vorbereitung braucht Zeit.

Im derzeitigen System ist die tägliche Turnstunde nicht umsetzbar. Dabei wäre das Geld dafür da – es befindet sich nur in den Taschen des Großkapitals. Diese Verteilung des Geldes wird von keiner der Parteien, die die tägliche Turnstunde fordern, auch nur hinterfragt.

willigen Kurssystem in Konsens bringen. SchülerInnen könnten sich dann etwa Bewegungsaktivitäten aus einem Angebot aussuchen. Jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten, jede/r nach ihren/seinen Bedürfnissen. Auch Kinder mit ärmerem Familienhintergrund könnten so ohne teure private Vereine Sport und Tanzarten kennen lernen.

Gabriel Winkelmüller

Bronstein ermittelt wieder

Zwei Fragen an Andreas Pittler, dessen neuer Krimi „Charascho“ im Jänner 2014 erscheint.

Kommissar Bronstein sympathisiert 1918 mit der Revolution. Durch die folgenden Niederlagen wird er zynisch.

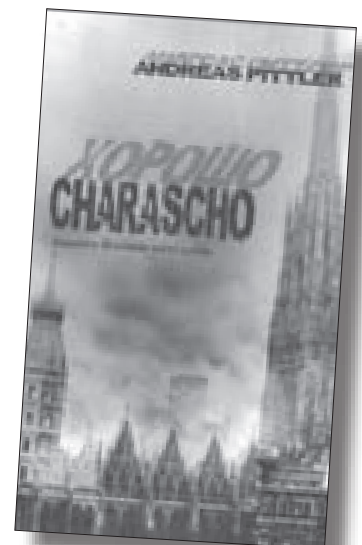
Mein „Bronstein“ ist ein Polizist. Dass er mit Kommunisten verkehrt, sich sogar in eine verliebt, lässt ihn kurzfristig radikal werden. Doch im Prinzip ist er eine kleinbürgerliche Beamtenseele, die erst mühsam lernen

muss, dass die Dinge nicht so sind, wie sie von den Herrschenden behauptet werden.

In „Charascho“ glaubt Bronstein 1945, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Als er erkennt, dass sie schon wieder an den Schaltstellen der neuen Republik auftauchen, kommt er zu dem Schluss, dass es auch für einen Beamten eine wichtigere Richtschnur zum Handeln gibt als die der behördlichen Weisung.

Wo würde sich Bronstein heute positionieren?

Er wäre eine aufgeklärte laizistische Frau mit türkischem Background, die genauso herablassend von ihrer Kollegenschaft behandelt wird wie Bronstein in der 1. Republik. Und sie wäre wahrscheinlich anfänglich durchaus idealistisch im Sinne bürgerlicher Liberalität und stieße – wie Bronstein 80 Jahre vor ihr – rasch an die Grenzen unserer „bürgerlichen Behaglichkeit“.





Generalangriff auf den Öffentlichen Dienst

Bei Redaktionsschluss stand die Zusammensetzung der neuen Regierung noch nicht fest. Fix ist aber, dass der Öffentliche Dienst (ÖD) heftigen Angriffen ausgesetzt sein wird. Alle Parteien, allen voran die neoliberalen Einpeitscher von Neos und Stronach, haben hier Angriffe angekündigt – der Rest will gleichfalls kürzen. Die ideologische Vorberei-

de Minderheit unter den Öffentlich Bediensteten.

Tatsächlich ist mehr als die Hälfte der Öffentlich Bediensteten in Bund, Ländern und Gemeinden in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales beschäftigt. Nicht einmal 20 % arbeiten in der Verwaltung. Insgesamt sind in Österreich ca. 13,6 % der unselbständig Beschäftigten im öffentli-

Einen großen Teil des ÖD bilden Bildung, Soziales und Gesundheit. Gegen die Beschäftigten in diesen Bereichen (die übrigens fast ausnahmslos nicht verbeamtet sind) richtet sich die eigentliche Hetze. Dabei ist der Verlogenheit kaum eine Grenze gesetzt. Die Verlängerung der Arbeitszeiten und die schlechtere Bezahlung der LehrerInnen im Rahmen des

unterlaufen schneller Fehler, die Versorgung der PatientInnen wird gefährdet. Aber auch in anderen Bereichen führen Kürzungen zu Verschlechterungen. Wenn die etablierten Parteien gegen den Öffentlichen Dienst hetzen, dann hetzen sie gegen SozialarbeiterInnen, BibliothekarInnen, MüllentsorgerInnen, Reinigungskräfte und viele andere, de-

vertritt auch viel zu oft nur die Interessen einer schmalen Schicht von Beschäftigten im oberen Segment der öffentlichen Hierarchie. Im Jahr 2012 hat die Gewerkschaftsführung sogar einer Nulllohnrunde für alle öffentlich Bediensteten zugestimmt. Das hat aber die KollegInnen in den Salzburger Landeskliniken, bei der Straßenreinigung, der Abfallent-

Hetze gegen „faule Beamte“ von allen Parteien, Angriffe geplant: Widerstand ist notwendig.

tung darauf läuft schon lange. Die Mythen von „faulen Beamten“ und überbezahlten SpitzenbürokratInnen sollen Kürzungen in den verschiedensten Bereichen legitimieren. Wie überall anders auch gibt es Beschäftigte, deren Engagement begrenzt ist; und ja: es gibt die SpitzenbürokratInnen, die abkassieren. Bei beiden handelt es sich jedoch um eine verschwinden-

den Bereich. Im EU-Vergleich ist das relativ wenig. EU-Schnitt: 16,3 %. Es zeigt sich auch, dass jene Länder mit den besten sozialen Bedingungen auch die höchste Zahl öffentlich Bediensteter hat (Norwegen: 36,4 %, Schweden: 29,7 %, Dänemark: 29 %). Das jährliche Durchschnittseinkommen liegt mit 32.230 Euro zwar über jenem von ArbeiterInnen, aber unter jenem von Angestellten.

geplanten neuen LehrerInnendienstrechts wird von der Regierung als „Bildungsreform“ verkauft. Dabei ist klar, dass Kürzungen im öffentlichen Bereich auch immer Folgen für die Menschen haben, die auf diesen angewiesen sind. Schlecht bezahlte und überarbeitete LehrerInnen lehren schlechter. Unterbezahltem und burn-out-gefährdetem Pflegepersonal in Krankenhäusern

ren Arbeit für jede zivilisierte Gesellschaft notwendig ist, und die dafür auch eine entsprechende Bezahlung und Anerkennung verdienen.

Bemerkenswerterweise spielt die Gewerkschaftsführung einen großen Teil des Spiels der Regierung mit. GÖD-Vorsitzender Fritz Neugebauer (ÖVP) verkörpert nicht nur den Stereotyp des Bürokraten. Die GÖD-Führung

sorgung etc. nicht davon abgehalten, gegen diesen Angriff auf die Straße zu gehen. Dieser selbstorganisierte und erfolgreiche Kampf war wichtig. Er hat auch gezeigt, dass es von großen Teilen der Bevölkerung Solidarität mit den KollegInnen im Öffentlichen Dienst gibt. Auf diese Erfahrungen gilt es für die kommenden Auseinandersetzungen aufzubauen.

Jan Rybak

Von wegen super bezahlt im Öffentlichen Dienst (ÖD):
Die Mehrheit der Beschäftigten im
Öffentlichen Dienst sind Vertragsbedienstete

Bruttojahreseinkommen (ganzjährig Vollzeit)



ÖD - BeamtInnen:
ca. 51.100.-



Angestellte Privatwirtschaft:
ca. 41.700.-



ÖD - Vertragsbedienstete
(ArbeiterInnen und Angestellte):
ca. 36.000.-



ArbeiterInnen Privatwirtschaft:
ca. 29.100.-

Grafik: SH

Zahlen und Fakten: Öffentlicher Dienst (ÖD)

- > **Vertragsbedienstete** und BeamtInnen (inkl. Teilzeit): 545.000. Das sind 13,6 % aller unselbständig Beschäftigten (Stand 2011).
- > **Ein Großteil** dieses ÖD entfällt auf die Gebietskörperschaften. Diese sind in Bund, neun Länder sowie über 2.350 Gemeinden geteilt. Exklusive der ausgegliederten Bereiche (z.B. Krankenanstalten der Länder; Post beim Bund) sind dies etwa 350.000 (2011).
- > **Zum ÖD werden** z.B. auch Sozialversicherungen und alle gesetzlichen Interessenvertretungen (Kammern) gezählt.
- > **Als Beispiel für** die Unterteilung von BeamtInnen in Gruppen die zehn Kategorien des Bundes: 1. Allgemeine Verwaltung; 2. ExekutivbeamtInnen (Polizei); 3. Berufsoffiziere Bundesheer; 4. RichterInnen und StaatsanwältInnen; 5. UniversitätslehrerInnen und -professorInnen; 6. LehrerInnen; 7. Schulaufsicht und FachinspektorInnen; 8. Postwesen; 9. Krankenpflege-Dienste; 10. Postverwaltung. Die Vertragsbediensteten werden in vier Gruppen unterteilt: 1. Verwaltung (ArbeiterInnen und Angestellte); 2. VertragslehrerInnen; 3. ProfessorInnen, DozentInnen, AssistentInnen; 4. Krankenpflegedienst.
- > **Während Frauen** für gleichwertige Arbeit generell weniger erhalten als Männer (bei ArbeiterInnen und Angestellten inkl. Teilzeit 40 % bis 50 % weniger), ist diese skandalöse Ungerechtigkeit bei BeamtInnen und Vertragsbediensteten zumindest geringer. Inklusiv Teilzeit-Beschäftigten ist der Einkommensunterschied bei Vertragsbediensteten 22,7 %, bei den BeamtInnen sind es „nur“ 6,2 %.
- > **Das durchschnittliche** Bruttojahreseinkommen (nur ganzjährig Vollzeit-Beschäftigte eingerechnet) bei BeamtInnen beträgt ca. 51.100 €. Der Wert für ArbeiterInnen in der sog. Privatwirtschaft liegt bei 29.100 €.
- > **Der Vergleich** Vertragsbedienstete im ÖD zu Angestellten in der Privatwirtschaft ist aufschlussreich. Beim Vollzeit-Durchschnitts-Bruttoeinkommen liegen Angestellte interessanterweise vorne: 41.700 € zu 36.000 €. Es ist somit falsch zu behaupten, dass man im „Staatsdienst mehr verdient als in der Privatwirtschaft“. Zum Tragen kommt hier der überdurchschnittlich hohe Frauenanteil bei Vollzeit-Vertragsbediensteten (66 %).

Quellen: Statistik Austria, www.oeffentlicherdienst.at, www.austria.gv.at/2004/4/22/oefdienst.pdf

Der Öffentliche Dienst, die Gesellschaft und der kapitalistische Staat

Der Öffentliche Dienst (ÖD) bildet eines der Hauptantriebskräfte von Regierung und Kapital. Es geht angeblich um „Verschlankung“, „Bürokratieabbau“, „Effizienzsteigerung“. Tatsächlich geht es um Kürzungen im Sozial- und Bildungswesen und weitere Privatisierungen.

Der „Beamte“ ist ein selten richtig verwendeter Kampfbegriff. Fälschlicherweise wird damit meist der gesamte ÖD bezeichnet. Doch es gibt

**„Faule Beamte“, „Privilegier-
ritter“, „Betonierer“:
Das Beamten-Bashing
lässt kein Klischee aus.**

mittlerweile mehr Vertragsbedienstete als BeamtInnen. Vertragsbedienstete sind sozialrechtlich ähnlich Angestellten und das Dienstrecht der Beamten ist längst nach unten an das der Vertragsbediensteten angeglichen. Auch ist der ÖD in vielen Bereichen Vorreiter bei der Prekarisierung von Jobs. Das zeigt sich z.B. bei Kettenverträgen bei LehrerInnen oder der Umgehung eines Angestelltenverhältnisses z.B. bei AbfallberaterInnen oder in den Bundesmuseen. Privilegien gibt es wie in der Privatwirtschaft nur für eine kleine Schicht an der Spitze. Im ÖD sind großteils Menschen beschäftigt, die nicht dem Kernbereich des Staates (dem Repressionsapparat) angehören, sondern wichtige öffentliche Dienstleistungen erbringen. Sie ar-

beiten im Bildungsbereich, Gesundheitswesen, öffentlichen Verkehr oder im Sozialbereich. Sie alle sind lohnabhängig und betroffen von Sparmaßnahmen, Stellenabbau, Arbeitsdruck und Lohnkürzungen, Privatisierung.

Es geht um alle jene Bereiche, die nicht zum „Kern“ des ÖD gehören. Die revolutionäre Situation nach 1918 und besonders der Nachkriegsaufschwung und die spezielle Lage Österreichs im Kalten

deren Profit zu steigern. All das bedeutet nicht, dass die ArbeiterInnenklasse kein vitales Interesse am Bestand dieser Verstaatlichten hat(te). Das lag aber vor allem an den besseren Arbeitsbedingungen und sicheren Arbeitsplätzen in den Betrieben.

Die Ursache für den Abbau im ÖD stellt die strukturelle Krise des Kapitalismus dar. In der Schwerindustrie und im Pensions-, Gesundheits- und Bildungswesen kann überschüssiges Kapital gewinnbringend angelegt werden. Daher gab und gibt es Ausgliederungen und Privatisierungen.

Gleichzeitig kommt es mittels Sparpaketen zu einer generellen Umverteilung von unten nach oben. Der Staat „muss“ bei den Ausgaben sparen, um dem Privatsektor unter die Arme greifen zu können. Als Vorwand für solche staatlichen Angriffe auf den ÖD wird gern die Lüge bedient, er arbeite ineffizienter als „die Privatwirtschaft“. Doch die Öffnung für privates Kapital bringt im Regelfall Leistungsverlechterungen für KundInnen und schlechtere Arbeitsbedingungen für die (ex-)BeamtInnen.

Ein Merkmal des BeamtInnen-Standes ist die Definitivstellung (Pragmatisierung). Für diese Garantie verlangt der Staat jedoch volle Loyalität. Wer beamtet ist, unterliegt einem eigenen Dienstrecht einschließlich Disziplinarregelungen – z.B. gab es speziell im ÖD ein Streikverbot. Pragmatisierung bedeutet aber auch Schutz vor dem Verlust des



Arbeitsplatzes und Schutz vor der Willkür von Vorgesetzten. In diesem Sinne sind wir nicht für eine Aufweichung, sondern einen Ausbau des Kündigungsschutzes für alle Beschäftigten. Dies darf jedoch kein Freifahrtschein für korrupte BeamtInnen oder sadistische LehrerInnen sein, da die Kontrolle nicht den Vorgesetzten, sondern den MitarbeiterInnen und KundInnen unterliegen muss.

Die massiven Veränderungen im ÖD betreffen neben der Post z.B. die Universitäten, alle Bundesmuseen, das AMS und die Statistik Austria. Bei den Überresten der Post arbeiten über 17.000 Menschen. Weitere knapp 9.000 sind es in anderen Firmen und Dienststellen. Die dort Beschäftigten haben nichts mehr mit dem per Dekret

Die Angriffe auf den Öffentlichen Dienst haben ein Ziel: Sozialabbau, der uns alle trifft.

auf Lebenszeit ernannten kaiserlichen Hofbeamten zu tun, der jederzeit bereit war, dem Staat treu in den Tod zu folgen. Im Gegenteil kann jeder mitverfolgen, wie seit langem die Rayons (die von den Postlern zu betreuenden Bereiche) immer größer und die Taschen immer mehr werden.

Auch die geforderte „Verwaltungsreform“ ist eine Mogelpackung. Unter dem „Privilegien“-Argument werden öffentliche

Leistungen im Gesundheits- und Bildungswesen gekürzt oder privatisiert, Arbeitszeit von LehrerInnen erhöht, ÄrztInnen und Pflegenden ins burn-out getrieben, PostzustellerInnen überwacht und zu sklaventarbeiter Arbeit gezwungen, Bahnbedienstete aufs Abstellgleis geschoben, etc. Die Leistungen werden dann von Privaten mit Riesenprofiten für die Unternehmen und miesen Löhnen und Arbeitsbedingungen für die Arbeitenden erbracht. Oder die Arbeit wird z.B. durch Kürzungen im Pflegebereich dann überhaupt unentgeltlich von Frauen gemacht. Im administrativen Bereich gibt es längst Aufnahmestopp, befristete Verträge und prekäre Beschäftigung. Das führt zu öffentlichen Aufträgen für private Beratungsunternehmen und Korrupti-

on. Denn es geht eben nicht darum, die überbezahlten Spitzen zu kürzen, sondern die Leistungen, die wir alle brauchen. Wie in der Privatwirtschaft bedeuten Strukturereformen stets, dass das Management teurer wird, die normalen Beschäftigten aber noch mehr arbeiten müssen.

In der Propaganda wird der Umstand ausgenutzt, dass wir alle früher oder später schlechte Erfahrungen mit der Verwaltung und ihrer Bürokratie machen.

Behördenwillkür Einzelner gibt es natürlich; diese muss bekämpft werden. Doch an den strukturellen Problemen sind nicht die einfachen Beschäftigten schuld.

Denn der ÖD ist für die absolut überwiegende Anzahl der Beschäftigten alles andere als ein Paradies: befristete Verträge, prekäre Verhältnisse und Aufnahmestopp. Davon sind Leute in politisch besetzten hohen Positionen (auch wenn sie Vertragsbedienstete sind), ihre FreundInnen und AuftragnehmerInnen in Unternehmen und Führungskräfte des Repressionsapparates allerdings nicht betroffen. Privilegiert sind KarrieristInnen in hohen staatlichen Funktionen, unabhängig davon, ob beamtet oder nicht, und UnternehmerInnen, die von deren Aufträgen profitieren. Sie gehören unmittelbar der herrschenden Klasse an und sind Teil des korrupten Systems.

Um 1900 war das Verhältnis zwischen ArbeiterInnen und BeamtInnen durch einen strikten Interessengegensatz gekennzeichnet. Heute ist in vielen Fällen der ÖD ein dynamischer Teil von Protesten und Streiks. International tobt ein bedeutender Teil der Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte im ÖD. In ganz Südeuropa, insbesondere in Griechenland ist der ÖD eines der Hauptangriffsziele im Zuge der tiefen Krise. So ist es nicht verwunderlich, dass in den Massenprotesten diese Beschäftigten eine enorm kämpferische Rolle spielen.

Helga Schröder und Franz Neuhold



Marx aktuell

Eine Analyse des Öffentlichen Dienstes kommt nicht ohne Analyse des Staates aus. Dieser ist ein bürgerlich-kapitalistischer mit der Aufgabe, die herrschenden Eigentumsverhältnisse zu sichern und notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen. Die Kernaufgabe des Staates ist daher v.a. die Schaffung eines rechtlichen Rahmens und die Durchsetzung seiner Einhaltung. Also alles, was im weitesten Sinn zum „Repressionsapparat“ gehört. Die Beschäftigten in diesem Bereich – die BeamtInnen – müssen wirtschaftlich und sozial (teilweise deutlich) über andere gestellt werden, um verlässliches Personal im Repressionsapparat zu haben.

Die Wurzeln des österreichischen ÖD liegen im 18. Jahrhundert in einem absolutistischen, also diktatorischen System. Gerne wird der Entstehung des Verwaltungsapparats unter Maria-Theresia Fortschrittlichkeit

Beamtentum: Repressionsapparat im Wandel der Zeit

untergeschummelt. Doch Hauptmotivation war der Erhalt der eigenen Macht und Privilegien vor dem Hintergrund einer sich ändernden Wirtschaft. Beamte aus allen Teilen der Monarchie wurden eingebunden. Wesentliches Ergebnis war jedoch nicht Stärkung der benachteiligten Regionen, sondern Zentralisierung. Auch machten Maria-Theresia und in Folge Joseph II. die berühmten Schulreformen, um fähige regimetreue Beamte zu züchten und nicht, weil ihnen die Kinder leid taten.

„Die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Staatsgewalt entstand in der Epoche des Niedergangs des Absolutismus. Zwei Institutionen sind für diese Staatsmaschinerie besonders kennzeichnend: das Beamtentum und das stehende Heer.“ (W.I.Lenin, Staat und Revolution, 1917)

Die Struktur des ÖD und „der Beamte“ blieben auch nach Ende der Monarchie im nunmehr republikanischen Kapitalismus bestehen. In weiterer Folge glänzte die Bürokratie sowohl im Austro- als auch Nazi-Faschismus durch Anpassungsfähigkeit. Das beamtete Kleinbürgertum war eine wichtige Stütze. Auch nach 1945 halfen ebendiese, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse zu sichern.

Heute sieht der ÖD anders aus. Abgesehen von den obersten Schichten der Hoheitsverwaltung und den Organen der Zwangsgewalt ist eine „Proletarisierung“ mit politisch bedeutsamen Folgen festzustellen. Die ArbeiterInnenbewegung erkämpfte soziale und politische Verbesserungen und in Folge den „Sozialstaat“. Es entstanden im ÖD neue Tätigkeitsfelder, die die Bedürfnisse der arbeitenden Massen widerspiegeln. Eine moderne Gesellschaft braucht mehr als staatliche Repression, Steuerbehörden und Militärkasernen. Ebenso änderte sich die soziale Zusammensetzung der Beschäftigten.

Heute prägen die Widersprüche und Krisen des Kapitalismus auch den ÖD. Schon Ende der 1940er erfolgte die Einführung des Status „vertragsbedienstet“. Heute ist das Dienstrecht der BeamtInnen weitgehend an das der Vertragsbediensteten angeglichen, ein gewaltiger Teil des ÖD privatisiert oder ausgegliedert und BeamtInnen bilden nur einen (Rest)teil des ÖD. „Beamtentum“ war früher also etwas anderes als heute. Die erforderliche Zuverlässigkeit lässt sich in den Randbereichen wie in der Privatwirtschaft durch Angst vor Arbeitsplatzverlust erreichen. Nur mehr im Kern des Repressionsapparates (RichterInnen, StaatsanwältInnen, Militärischer Dienst, Exekutivdienst der Polizei) sind ausschließlich BeamtInnen beschäftigt.

Helga Schröder und Franz Neuhold



Wessen Betrieb und wessen Staat?

Der (rechte) Austromarxist Karl Renner schrieb 1914: „Die Ökonomie dient immer ausschließlicher der Kapitalistenklasse, der Staat immer vorwiegend dem Proletariat.“ Betrachtet man den – völlig berechtigten – Widerstand gegen

dann braucht es eine Institution, die diese Ungleichheit aufrecht erhält: den Staat, samt Bürokratie und bewaffnetem Arm. Auf ökonomischer Ebene gilt – für einen kapitalistischen Staat – das gleiche. Wenn der Staat Aufgaben

Auswirkungen auf andere Banken zu vermeiden.

Anders verhält es sich, wenn Massenbewegungen eine Regierung dazu zwingen, Betriebe zu verstaatlichen bzw. Betriebe im Rahmen revolutionärer Erhebun-

land 1917 unterschied. Dort wurden nicht nur die Betriebe übernommen, sondern auch der alte Staatsapparat zerschlagen und ein neuer ArbeiterInnenstaat aufgebaut.

Die stalinistische Reaktion behielt zwar die sozialistische Rhetorik bei, der herrschenden Bürokratie gelang es jedoch, sich des Staates und damit auch der Betriebe zu bemächtigen. Damit wurden sie zwar nicht zu KapitalistInnen, die verstaatlichte Wirtschaft diente jedoch auch nicht mehr primär den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, sondern jenen der Bürokratie.

Es bleibt als zentrale Frage, welche Klasse in dem jeweiligen Staat das Sagen hat und wie Verstaatlichte Wirtschaft und Öffentlicher Dienst organisiert sind. MitarbeiterInnenbeteiligung und Volksaktiven haben nichts mit echter Kontrolle zu tun. Diese ist aber notwendig, damit Betriebe und Verwaltung im Interesse von Beschäftigten und Gesellschaft arbeiten. Dafür braucht es gewählte Komitees in Dienststellen und Betrieben, die die effektive Kontrolle und

Verwaltung haben. Deren VertreterInnen müssen jederzeit wähl- und wieder abwählbar sein. Letztlich kann aber ein verstaatlichter Betrieb, so demokratisch er auch organisiert sein mag, in einer kapitalistischen Gesellschaft mit entsprechendem Staat bestenfalls ein Schritt sein. Echte demokratische Verwaltung und Kontrolle ist nur in einem Staat möglich, wo der Kapitalismus und seine Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Staat gestürzt sind. Im ÖD gab es in den letzten Jahrzehnten viele Streiks und Proteste. Jene Hunderttausende Menschen, die bislang die Verwaltung eines Landes regelten (gemeint sind hier nicht die Spitzen des Repressionsapparates), können auch in grundsätzliche Opposition zum System samt seinem Staat geraten und all das zurecht in Frage stellen. Sie können auch zu einer Stütze einer alternativen Gesellschaft, eines „ArbeiterInnen-Staates“, werden. Sie können den Beweis führen, dass eine moderne Gesellschaft und der kapitalistische Staat zwei grundverschiedene Dinge sind!

**Georg Maier und
Simon Stockhammer**

Die Rechtsform ist die eine Frage, der Charakter des Staates ist aber der Kern.

Privatisierung, Sozialabbau und von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (ÖD), kann leicht der Eindruck entstehen, ArbeiterInnenbewegung und politische Linke haben sich dieser Idealisierung des Staates weiterhin verschrieben. Für gewisse Teile der ArbeiterInnenbewegung gilt das auch. Der ÖGB vertritt bis heute weitgehend diese Position (in der Theorie; real hat er oft wenig gegen Privatisierungen und Kürzungen getan). Diese simple Logik ignoriert allerdings den Charakter des Staates. Der Staat ist in jeder Klassengesellschaft v.a. Mittel zur Aufrechterhaltung des Bestehenden. Wenn eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit lebt,

jenseits seiner Kernfunktionen übernimmt, liegt das in der Regel nicht daran, dass schlaue PolitikerInnen erkannt haben, dass der „freie Markt“ versagt. Es erfolgt entweder auf Druck der ArbeiterInnenbewegung oder aus einer wirtschaftlichen Zwangslage heraus. Das war der Hintergrund der Verstaatlichungen nach 1945 – es gab schlicht keine österreichischen KapitalistInnen, die das nötige Kleingeld hatten. Auch die Verstaatlichung von Hypo-Alpe-Adria und Kommunalkreditbank waren keine Maßnahmen, welche in Renners Sinn „vorwiegend dem Proletariat“ dienen würden. Es ging darum, private Profite abzusichern und

gen verstaatlicht bzw. unter ArbeiterInnenkontrolle übernommen werden. Wie unter der sozialistischen Regierung Allende in Chile 1970-73 oder als die Eisenbahn im Republikanischen Spanien teilweise von den ArbeiterInnen einfach übernommen wurden. Dadurch wurden nicht nur immense Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht, es stärkte auch die Massenbewegung. Letztlich blieb der Staat, auch mit einer revolutionären/sozialistischen Regierung, im Kern immer noch ein bürgerlicher Staat war. Die „Staatsfrage“ wurde nicht konsequent gestellt, was diese gescheiterten Revolutionen auch zentral von der erfolgreichen in Russ-

Kämpferische Kindergarten-SchülerInnen

Seit Wochen gehen die Wogen rund um die Umwandlung der von der Stadt Wien geführten BAKIP21 in eine reine Erwachsenenbildungsstätte hoch. Die SchülerInnen des 5-jährigen Ausbildungszweiges gehen auf die Barrikaden. Sie fürchten den Wegfall hunderter Ausbildungsplätze, die gerade im BAKIP-Bereich ohnehin Mangelware sind (nur vier weitere BAKIP's gibt es in Wien, zwei davon privat). Der Österreichische Dachverband der KindergartenpädagogInnen begrüßt die „Professionalisierung“ und sieht in der Umstellung einen Schritt in Richtung Aufwertung des Berufsbildes.

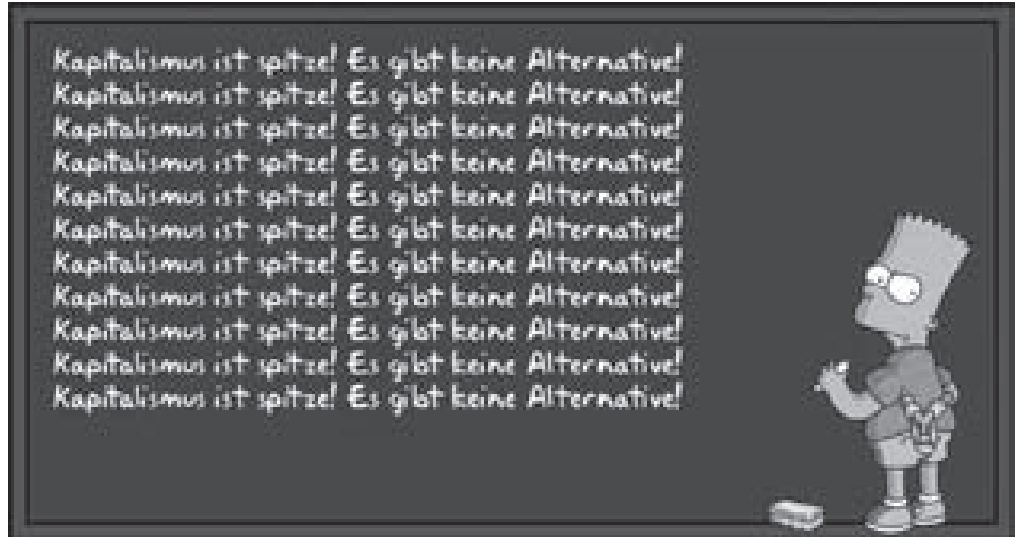
Klar ist: Es herrscht akuter PädagogInnenmangel. Die BAKIP sei nicht effizient genug, da nur rund ein Drittel der SchülerInnen nach der Ausbildung auch im Beruf tätig werden. Die Frage, warum das so ist, wird nicht gestellt. Es ist völlig klar, dass sich SchülerInnen von einem Job abwenden, der sich durch massive Unterbezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen auszeichnet – all die gelernte Pädagogik lässt sich in den viel zu großen Gruppen nicht umsetzen. Das frustriert zu Recht. Höhere Löhne und kleinere Gruppen sind die Lösung, um die Drop-out Rate zu senken.

Die „Professionalisierung“ der Ausbildung von KindergartenpädagogInnen bedeutet, dass mit der Kollege-Ausbildung gleichzeitig ein 5-jähriges Pflichtdienstverhältnis mit der Stadt Wien entsteht. Ein Knebelvertrag, der offensichtlich macht, warum es der Stadt Wien bei dieser Maßnahme wirklich geht: Nämlich dem PädagogInnenmangel mit rasch ausgebildeten und kostengünstigen Zwangs-Arbeitskräften entgegenzuwirken. Die Umstellung auf ausschließliche Erwachsenenbildung ist nichts anderes als eine weitere Kürzung im Bildungsbereich – Qualitätssteigerung sieht anders aus!

In dieser Maßnahme spiegelt sich außerdem die kollektive Einseitigkeit der etablierten Politik wider. Entscheidungen werden von „oben herab“ getroffen, ohne SchülerInnen, PädagogInnen, LehrerInnen – also den wirklichen ExpertInnen – auch nur Gehör zu schenken. Die einzige Antwort auf dieses Sparpaket kann der gemeinsame Protest aller davon Betroffenen sein.

Gegen Kürzungen im Bildungsbereich! Für bessere Arbeitsbedingungen in Kindergärten! 10 Milliarden für Bildung und Soziales!

Gabriel Winkelmüller



Als Zweitjob: LehrerIn

Der Ruf aus der Wirtschaft nach LehrerInnen mit Erfahrungen aus dem „wahren“ Berufsalltag wird

verbessert, wie man an Berufs- und Fachhochschulen beobachten kann. Dort findet man viele Un-

petent sie sind, ist die eine Frage, wie motiviert sie sind, die andere. Da die Priorität beim eigenen Betrieb liegt, ist der Unterricht oft schlecht vorbereitet. Die fachlich besten UnternehmerInnen sind mit dem eigenen Unternehmen ausgelastet und haben kaum Interesse an einem schlecht bezahlten LehrerInnenjob mit miesem Image. Doch wir wollen ohnehin lernen fürs Leben, nicht für die Wirtschaft! Dazu brauchen wir berufsbildende Schulen mit Lernwerkstätten und qualifizierten LehrerInnen, die auch aus der Sicht der Beschäftigten, nicht der UnternehmerInnen, unterrichten.

Margarita Döller

Fachkräfte aus dem Berufsleben sollen die „besseren“ LehrerInnen sein. Wie sieht die Realität aus?

lauter. Die Wirtschaftskammer sieht in ihnen den Schlüssel für ein besseres Bildungssystem. Ihre Aufgabe soll es sein, SchülerInnen und Studierende auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zuzuschneiden, damit die Unternehmen optimal von ihnen profitieren können. Die Qualität des Unterrichts wird dadurch keineswegs

ternehmerInnen, die sich als Lehrkräfte ein zweites Standbein aufbauen wollen, wenn es im eigenen Unternehmen mal nicht so gut läuft. Staatliche Absicherung, wenn man in der Privatwirtschaft scheitern sollte.

Als Aufnahmekriterium reicht eine Berufsausbildung im entsprechenden Beruf. Wie fachlich kom-



Frankreichs SchülerInnen protestieren gegen Abschiebung

Am 17./18.10. protestierten SchülerInnen in mehreren französischen Städten gegen die Abschiebung einer Mitschülerin. Sie war während einer Schulreise von der Polizei abgeholt worden. Dem Druck der Demonstrationen folgte ein „Angebot“ des Präsidenten an die Schülerin, alleine nach Frankreich zurückzukehren. Sie lehnte ab, da sie ihre Familie nicht im Stich lassen will.

Das Beispiel zeigt es erneut: Politischer Aktivis-

mus hat kein bestimmtes Alter, keine theoretischen Vorkenntnisse. Denn auch wenn es den Protesten nicht gelungen ist, den Präsidenten zu mehr als einer Notlösung zu überreden, so gelang es doch Druck aufzubauen, der ihn zum Handeln zwang. Druck, der künftig immer wichtiger werden wird. Organisiert euch mit uns, so haben wir gemeinsam mehr Chancen gegen das 1%!

Clemens Wiesinger

Fundstück des Monats Der Superstar und die Revolution



Der englische Filmstar Russel Brand rief zu einer Revolution und zur Errichtung einer „sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft“ auf – gefällt uns! AktivistInnen des CWI England starteten die Facebook-Seite „I support Russel Brands call for revolution“ – innerhalb von einem Tag hatte sie über 4000 Likes!



LehrerInnenstreik in Brasilien

Es war der größte Streik im Bildungsbereich der letzten 20 Jahre. Mehr als 80 % des Bildungswesens waren lahmgelegt. Die LehrerInnen forderten Gouverneur Cabral mit Demonstrationen und Unterstützung der Bevölkerung heraus. Mit Erfolg: Die GemeindelehrerInnen konnten 15 % Lohnerhö-

40 SchülerInnen in einer Klasse. Viele LehrerInnen verdienen so wenig, dass sie an mehreren Schulen arbeiten müssen. Hauptforderungen sind daher u.a.: das Recht, an nur einer Schule zu arbeiten, Reduktion der Klassenschülerhöchstzahlen, 19 % Lohnerhöhung (um die Lohnverluste der letz-

diese Gewerkschaft von der Linken (Teile von PSOL und den Morenoisten der PSTU) angeführt wird, gibt es eine starke Bürokratie. Insgesamt erreichten LSR und „Luta Educadora“ hohe Popularität.

Der Kampf der LehrerInnen hat die Herrschenden kalt erwischt. 86 % der Bevölkerung stimmen

Cabral. Er war mit 66 % gewählt worden – hat aber in Umfragen jetzt nur noch 12 %. Er ist wegen seiner harten Linie und Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen berüchtigt. Die Angriffe auf die Bevölkerung waren mit ein Auslöser der Proteste im Juni. Cabral musste einige Maßnahmen zurücknehmen.

noch ist es eine Verbesserung. Auch Strafmaßnahmen gegen LehrerInnen, wie etwa mögliche Strafen von bis zu 100.000 Dollar, wurden zurückgenommen. Stattdessen wird nun über weitere Verbesserungen verhandelt. Das zeigt, dass es sich lohnt zu kämpfen. Klar ist, dass mit einer klaren Kampfstrategie und

Mit mehr als zwei Monaten Streik konnten die LehrerInnen in Rio de Janeiro einen Teilsieg erzielen.

hung erkämpfen, die BundeslehrerInnen 8 %. Erst im Juni wurde Brasilien von einer Massenbewegung erschüttert. Seitdem gab es für die herrschende Klasse keine Atempause. Im Juli/August fanden zwei bundesweite von der Gewerkschaft organisierte 24-Stunden Aktionstage mit Streiks und Straßenblockaden statt. Es gab eine Reihe von Streiks, um Lohnfragen und Arbeitsbedingungen, u.a. bei der Post und im Bankensektor. Im Moment kämpfen im wichtigsten Streik seit 1995 die ÖlarbeiterInnen gegen die Privatisierung von Ölfeldern in Libras.

Die Situation der BundeslehrerInnen ist sehr schlecht. Es sind mehr als

ten Jahre wettzumachen), Wahl der DirektorInnen, Schluss mit dem leistungs-basierten Entlohnungssystem und die Garantie, dass ein Drittel der Arbeitszeit für Vorbereitungszeit verwendet werden kann. Im Fall von Rio fordert SEPE (die Bildungsgewerkschaft) die Rücknahme der Verschlechterungen des Gehaltsschemas, die der Gemeinderat trotz der Proteste Tausender beschlossen hat. In diesem Kampf haben LehrerInnen – Mitglieder von LSR – die Aktionsplattform „Luta Educadora“ initiiert., die in den Betriebsversammlungen oft eine Mehrheit gegen Versuche der Gewerkschaftsführung, den Streik zu beenden, gewann. Obwohl

dem Streik zu. Die Aktionen wurden größer, mit wöchentlichen Demonstrationen von 20.000 Menschen – und der 50.000 starken Demonstration vom 7.10. Repression hat die Solidarität nur weiter befeuert. Am 15.10. demonstrierten 100.000 Menschen und füllten die Avenida Rio Branco. Bei dieser Demonstration war die Polizeirepression immens. 200 Menschen wurden aufgrund eines neuen Gesetzes verhaftet, das härtere Strafen für Demonstrationen vorsieht. Die Häuser von AktivistInnen wurden durchsucht und Computer beschlagnahmt. Kriminalisierung sozialer Bewegungen ist eine alte Strategie von Gouverneur Sergio

Der Gemeinderat von Rio war über Wochen von Protestierenden besetzt worden. Tägliche Demonstrationen forderten Cabrals Absetzung. Occupy Cabral, ein Protestcamp vor dem Rathaus, wurde von der Polizei schließlich gewaltsam entfernt. Die politische Krise der Cabral-Regierung vertieft sich nicht zuletzt durch die Repression weiter.

Aufgrund der Trennung zwischen Bundes- und GemeindelehrerInnen war der Streik nicht einheitlich und begann gegen Ende an manchen Stellen zu bröckeln. Die jetzige Einigung im Bildungssektor hat zwar nur einen Teil der Forderungen erfüllt und nicht die vollen 19 % erreicht – den-

einer kämpferischen Gewerkschaftsführung mehr möglich gewesen wäre. Aber der Streik brachte eine Schicht neuer AktivistInnen hervor, die wichtige Rollen spielen werden. Im nächsten Jahr wird es nicht ruhiger werden: Die Bewegung während des Confederations Cup war nur ein Vorbote auf Kämpfe, die die WM 2014 erschüttern könnten. Sie werden den Widerspruch zwischen der Illusion eines wohlhabenden Brasiliens und der Realität des Lebens der ArbeiterInnenklasse und Armen weiter offenlegen.

**Mariana Cristina,
Liberdade, Socialismo e
Revolucao/LSR (CWI Brasilien),
<http://www.lsr-cit.org/>**

US-Kapitalismus in der Krise

Mehr als zwei Wochen war die US-Regierung im Oktober lahmgelegt. 800.000 ArbeiterInnen waren ohne Lohn in Zwangsurlaub, während Kinderbetreuung und Sozialprogramme auf Eis lagen. Gleichzeitig kam die USA mit der Unfähigkeit des Kongresses, die Schuldengrenze anzuheben, einer Pleite gefährlich nahe. Diese doppelte Krise war die Fortsetzung des Kampfes zwischen zwei Teilen der herrschenden Klasse. Der Teil, den die Tea Party repräsentiert, will Obamas Gesundheitsreform stürzen. Sie wollen auch alle größeren Sozialprogramme kürzen und jene ArbeiterInnenrechte angreifen, die in den letzten 100 Jahren gewonnen worden waren. Die andere Fraktion der herrschenden Klasse – Demokraten und moderate Republikaner – ist in Bezug auf Sparpolitik etwas vorsichtiger. Sie fürchten eine mögliche Revolte der ArbeiterInnenklasse und bevorzugen ein langsames Tempo bei der Umsetzung der Kürzungen.

Es ist nicht das erste Mal, dass diese Debatten in so dramatischer Art und Weise stattgefunden haben. Kämpfe über das Bundesbudget und die Drohung einer Pleite wurden in den letzten Jahren häufiger. Der US-Kapitalismus ist geschwächt,

kämpft mit Schulden und Überkapazitäten. Gleichzeitig ist die USA im Unterschied zu den 90er Jahren nicht mehr die einzige Supermacht. Damit wird es für die beiden großen Parteien immer schwieriger, das Land im Interesse der herrschenden Klasse zu managen. Die schlechte Publicity der RepublikanerInnen nach der Budgetkrise macht es wahrscheinlicher, dass die Demokraten bei den Wahlen im nächsten Jahr die Kontrolle über den Kongress zurückerobern. Aber obwohl die Demokraten sich als KämpferInnen gegen die wahnsinnige Tea Party darstellen, kämpfen sie nicht gegen die Kürzungen, die unter dem Namen „Sequester Cuts“ beschlossen wurden und die in den nächsten acht Jahren 730 Milliarden des Bundesbudgets streichen werden. Obamas Budget von 2011 brachte die größten Kürzungen im Sozial- und Bildungswesen in der US-Geschichte. Es gibt zwar Differenzen zwischen DemokratInnen und RepublikanerInnen, aber letztlich repräsentieren sie die gleichen Interessen. Der einzige Weg, die Kürzungen zu bekämpfen, ist der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei als Instrument, um für unsere Interessen und Sozialismus zu kämpfen.

Brettros



Rechte Arbeitsteilung in Gallien

Am 12. Oktober attackierten 80 Mitglieder der „Generation Identitaire“ ein Camp „illegaler“ Einwanderer in Lyon – diesmal

bereitet. Kürzungspolitik und Sozialabbau sowie ein sozialdemokratischer Innenminister Valls, der gegen Roma & Sinti und an-

jüngst selbst die erzkonservative „Le Monde“.

Kein Wunder also, dass sich die „Generation Identitaire“ in diesem Um-

Repressive Minderheitenpolitik & offener Terror: Frankreichs extreme Rechte ist im Vormarsch.

war es (ausnahmsweise?) die Polizei, die den rechts-extremen Umtrieben ein Ende setzte. Und eine Umfrage des „Le Nouvel Observateur“ zeigt, dass der Front National (FN) unter Marine Le Pen bei den Wahlen zum Europaparlament im Mai 2014 die stärkste Partei werden könnte.

Die letzten Regierungen – egal ob konservativ oder sozialdemokratisch – haben den Boden dafür

dere „illegale Ausländer“ hetzt.

Obwohl sich der FN unter dem Schlagwort der „dédiabolisation“ (Entteufelung!) zuletzt von der radikalen Rechten zu distanzieren versuchte, kann sie ihre Ursprünge nicht verleugnen: Sie war ein Sammelbecken aller neofaschistischen und nationalistischen Kräfte des Landes. „Der FN ist heute wie gestern eine rechtsextreme Bewegung“, schrieb

feld tummelt. Dabei gehen Identitäre und FN arbeitsteilig vor: während sich der FN staatstragend zu geben versucht und v.a. auch soziale Fragen aufwirft, verrichten die Identitären die völkisch-aktionistische Dreckarbeit. Beide ziehen sie aber letztlich am selben Strang – sie präsentieren die gleichen Sündenböcke. Diese Arbeitsteilung macht die Situation besonders gefährlich.

Alexander Svojtko

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Rap-Song für tunesische Rapper

CWI-UnterstützerInnen aus fünf Ländern haben ein Rap Video produziert, um die tunesischen Rapper Klay BBJ und Weld El 15 zu verteidigen. Die beiden waren vom tunesischen Staat verhaftet worden, weil ihre Songs zu politisch waren. Aufgrund einer Welle der Solidarität wurde Klay BBJ nun freigelassen. Teil davon war nicht nur der besagte Rap „Free Klay BBJ & Weld el 15“ sondern auch die Initiative von Socialist Party

(CWI in Irland) MEP Paul Murphy, auf welche hin 12 Parlamentarier der Linken EU-Fraktion einen Brief für die Freilassung der beiden unterzeichneten. Das CWI unterstützt ebenso die Initiative von RapperInnen in Tunesien, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um ihre demokratischen Rechte gegen die Staatsrepression zu verteidigen.

Video:

http://www.youtube.com/watch?v=OVYKnZv9G_k

Kampagne gegen Tunnel

Die Socialist Party (CWI in Australien) spielt beim Organisieren von Protesten gegen den von der liberalen Regierung geplanten „Ost-West-Tunnel“ in Melbourne eine zentrale Rolle. Sie fordert, das das Geld statt in den Tunnel, der das Verkehrsproblem nicht lösen wird, besser in das öffentliche Verkehrswesen investiert werden soll. Mehr als 500 Menschen haben bereits gegen den Tunnel unterschrieben. Die Kampagne der

SP hat Labour bereits gezwungen, sich gegen den Tunnel auszusprechen. Sie ist für die Herrschenden so unangenehm, dass die Medien SP-Gemeinderat Anthony Main attackieren und als „chronischen Agitator“ „outeten“. Anthony antwortete: „Ich bin eine chronische Plage für die großen Konzerne und rechte PolitikerInnen – und ich entschuldige mich nicht dafür.“

www.socialistpartyaustralia.org

Free Wu Guijin!

Am 23.10. wurden auf Initiative des CWI in Australien, Brasilien, Deutschland, Hong Kong, Indien, Irland, Malaysia, Sri Lanka, Polen, Schweden und Taiwan Proteste für die Freilassung von Wu Guijun abgehalten. Wu Guijun ist ein Arbeiter in Shenzhen/China, dessen „Verbrechen“ es war, dass er während eines Streiks gemeinsam mit anderen als Vertreter seiner Belegschaft gewählt worden war.

www.chinaworker.info



DIY – wenn Selbermachen zur Ideologie wird

„Do it yourself“ – Stricken, Kochen, Gärtnern sind die hilflose Reaktion eines verschreckten Kleinbürgertums.

Kaum eine Zeitschrift kommt ohne eine DIY (Do it yourself)-Ecke aus. Bücher übers Selbermachen von praktisch allem boomen. Handwerklichen Fertigkeiten wie Stricken oder Gärtnern wird widerständiges Potential zugesprochen („Radical Crafting“, „Guerilla Gardening“ etc.). Die neue Lust am Selbermachen spiegelt die Krise des Kleinbürgertums wider. Ähnliches hat es immer wieder gegeben, wenn ebenselbes sich in seiner Existenz bedroht sah und seine politischen Projekte gescheitert waren. Das ist auch jetzt der Fall.

Das Kleinbürgertum ist eine „Zwischenklasse“. Sie verfügt nicht über Produktionsmittel in größerem Umfang, mache sind leitende Angestellte und viele selbstständig (bzw. in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen – „Neue Selbstständige“) und streben das auch an. Das Kleinbürgertum steht zwischen ArbeiterInnenklasse und Kapital. Ökonomisch ist es schwach und in Krisen besonders empfindlich. Das sehen wir spätestens seit 2008. Zunehmend werden auch höher gebildete Schichten, leitende An-

gestellte, KünstlerInnen, kleine Selbständige etc. von der Krise erfasst. Sie bangen um ihre Existenz, hatten geglaubt, dass ihnen der Aufstieg gelungen sei und fürchten nun den Abstieg.

Hinzu kommt die Enttäuschung über die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, die für eine Zeit ein Bündnispartner waren (Kreiskys „Ein Stück des Weges gemeinsam gehen“) und das Scheitern diverser kleinbürgerlicher politischer Projekte – vorneweg der Grünen, die zur normalen etablierten Partei geworden sind. Viele MitstreiterInnen aus der Anti-AKW-, der AU- und anderen Bewegungen sind enttäuscht über die Entdemokratisierung und die Rechtsentwicklung ihres Projekts.

Natürlich reagiert das Kleinbürgertum unterschiedlich. Der Faschismus war Ausdruck einer ähnlichen Entwicklung – Weltwirtschaftskrise und Enttäuschung über die gescheiterte Revolution und die schwache bürgerliche Demokratie. Auch im 19. Jahrhundert gab es mit dem Biedermeier den Trend des Bürger-

tums, sich zurückzuziehen. In den 1980er Jahren kam es als „Cocooning“ zurück. Heute heißt es DIY. Gemeint ist der Rückzug ins Private. Die Welt „draußen“ wird als feindlich wahrgenommen, und man sieht kaum Chancen, sie zu verändern. Also wird versucht, im eigenen Einflussbereich eine möglichst heile Welt zu schaffen. Die notwendige (Lohn-)Arbeit ist aufgezwungen und wird zu Recht als immer entfremdeter empfunden. Fließbandarbeit in der Industrie, ödes Tippen in Büros, zu wenig Zeit in Sozialberufen und Tätigkeiten, deren Sinn oft fraglich ist, oder die sogar schädlich sind (Umwelt zerstörend, Waffen produzierend, Existenzen vernichtend). All das verstärkt die Sehnsucht nach sinnvoller Arbeit, wo man das Produkt unmittelbar sieht, spürt, schmeckt. Belastend ist auch die Fremdbestimmung. Die Firma entscheidet über Arbeitszeit, Freizeit, Urlaub, das knappe Budget darüber, was wir essen, anziehen und welche Kultur wir uns leisten (können). Hier eine Nische zu finden, wo ich entscheide, wird als Wohltat empfunden. All

das ist verständlich und an sich nichts Falsches. Doch wenn aus DIY eine Ideologie oder Kampfstrategie wird, dann wird's problematisch. Guerilla Knitting, um auf frauenspezifische Themen aufmerksam zu machen? Guerilla Gardening, um der Agrarindustrie ein Schnippchen zu schlagen? Upcycling, um der Wegwerfgesellschaft auszukommen? Doch DIY bekämpft nicht das System, das das Unwohlsein schafft, sondern versucht ihm nur durch eine private Rückzugsblase vorübergehend zu entkommen. Bestenfalls werden existierende Probleme sichtbarer. Es kann aber auch zu einer romantischen Verklärung der vorindustriellen Zeit kommen. Das führt dann oft zu Fortschrittsfeindlichkeit in verschiedenen Ausprägungen (ImpfgegnerInnen, Homeschooling, Ablehnung von Großstädten, Technologie etc.).

Der Kapitalismus und seine Mechanismen werden in der Regel nicht in Frage gestellt. Er wird bestenfalls ergänzt um eine neue „alternative“ Produktpalette und neue Märkte. DIY ist keine Gegen- sondern höchstens eine Sub-

kultur, die schon längst vom Mainstream-Markt erobert und gewinnbringend vermarktet wird. DIY ist die moderne Form des idealistischen Biedermeier. „Wir schaffen uns unsere heile kleine Welt und hoffen, dass das gute Beispiel andere zum Nachmachen motiviert.“ Dass Viele gar nicht die Möglichkeit haben, in die DIY-Parallelwelt einzutauchen, fehlt in der Überlegung.

Die DIY-Bewegung hat denselben Hintergrund wie Esoterik-Boom, Tauschkreis/Freigeld- und Solidarökonomieprojekte: Sie alle sind ähnliche Reaktionen des Kleinbürgertums auf eine Unzufriedenheit mit der „Gesamtsituation“ und Angst vor einer potentiellen Ausrottung im Zuge der Krise. Wenn DIY ein entspannendes Hobby bleibt – no problem. Wenn es zu Lebensinhalt, Ideologie und Kampfstrategie wird, dann ist DIY ein Ablenkungsmanöver. Und zwar eines, das Ressourcen von Bewegungen und Kämpfen gegen jenes System, das Entfremdung und Fremdbestimmung produziert und braucht, den Kapitalismus, fernhält.

Sonja Grusch

SLP-Programm genau erklärt:

Geld für Bildung statt für Banken! Für eine gemeinsame, öffentliche und kostenlose Ganztagschule mit integrierter Berufsausbildung für alle bis zum 18. Lebensjahr. Schluss mit dem Privat-

Kürzungen als Vorwand, um sich gegen die Gesamtschule zu wehren. Die SLP ist für eine echte Gesamt- und Ganztagschule und zwar ohne Verschlechterungen für SchülerInnen und LehrerInnen.

ein großer Teil der Kosten (in Form von Nachhilfe) an die Eltern ausgelagert wird und ausreichend LehrerInnen ausreichend Zeit für vor- und Nachbereitung haben. Utopisch? Stimmt nicht, denn das ist in den „Eliteschulen“ schon lange Realität. Dort gibt es kleine Klassenverbände, BegleitlehrerInnen, Laptopklassen, Vertiefungs- und Förderungsangebote uvm. Eine Gesamtschule hieße folglich: jene bewährten Methoden und Ressourcen, die bislang nur einer kleinen Elite zur Verfügung standen, für alle Kinder zugänglich zu machen. Wir fordern daher: Elitebildung für alle in einer Gesamtschule, die den Menschen und nicht seine profitträchtige Verwertung in den Mittelpunkt stellt.

"Elite"-Bildung für alle mit der Gesamtschule.

und Eliteschul(un)wesen. Nein zu Kürzungen, schlechteren Arbeitsbedingungen und längeren Arbeitszeiten für LehrerInnen.

Die Frage, wie viel Geld in das Bildungssystem investiert wird, ist eine politische Entscheidung. Das aktuelle Schulsystem bedeutet, dass aufgrund des Ressourcenmangels nicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von SchülerInnen eingegangen wird. Doch es braucht mehrere Lehrkräfte pro Klasse, die sich in ihren Fähigkeiten ergänzen. Eine Ganztagschule, wo nicht

In der Diskussion um Gesamt- und Ganztagschule werden unterschiedliche Dinge vermischelt. Die SPÖ benützt sie als Vorwand dafür, Kürzungen durchzudrücken. Die GÖD benützt die

„Überall bin ich auf die SLP gestoßen“

Die SLP hat nicht nur Zeitung, Homepage und facebook-Gruppe, sie ist auch aktiv an Bewegungen beteiligt. Das ist auch Christoph Glaninger (19), Lehramtsstudent in Wien, aufgefallen und war Hauptgrund für seinen Beitritt: „Mir ist schon früh klar geworden, dass der Kapitalismus ein System ist, das Viele ausbeutet und nur Wenigen nützt, und dass ich gegen dieses System kämpfen will. Dar-

aufhin habe ich begonnen, mich mit linken Themen zu beschäftigen und eine Organisation zu suchen, in der ich aktiv werden kann. Dabei habe ich erkannt, dass die SLP sowohl theoretisch als auch praktisch die beste Arbeit leistet.

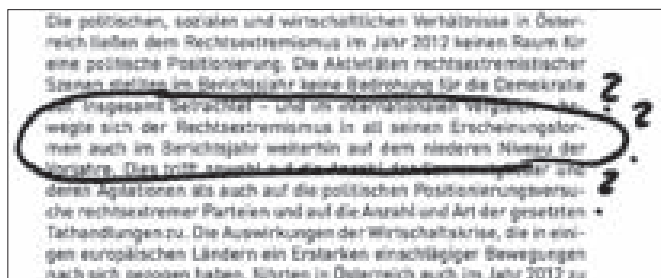
Was mich am meisten begeistert hat ist, dass die SLP aktiver Teil sozialer Bewegungen ist. Überall wo gegen Rassismus, Sexismus oder kapitalistische Ausbeutung gekämpft

wurde, bin ich auf SLP-AktivistInnen gestoßen. Vor allem dadurch und durch interessante Diskussionen mit Mitgliedern ist mir klargeworden, dass das genau die Partei ist, die ich gesucht habe um aktiv zu werden.“

Wenn auch Du Interesse hast, die SLP näher kennen zu lernen bzw. Mitglied zu werden, dann ruf uns an: **0699-19219244**. Oder schreib uns einfach: slp@slp.at.

8. Mai: Antifaschismus lässt sich nicht verbieten – auch wenn das teuer wird!

Der Verfassungsschutzbericht 2013 versucht, die rechtsextreme Gefahr klein zu reden. Aber mehr Menschen wurden von Rechten verletzt, die Mehrheit der TäterInnen waren ideologisch nicht wirt, sondern klar rechts. Doch die Behörden behindern sogar noch jene, die aktiv etwas gegen Rechts tun. So geschehen im Mai: Die SLP hatte angesichts der von rechts-außen geplanten Provokationen für 8. Mai,



dem Tag der Befreiung, zur Kundgebung aufgerufen. Die Behörden verboten diese und bestrafen nun die SLP für ihre antifaschistische Arbeit. Wieder einmal...

Bitte um Spenden:
PSK 8812.733
BLZ 60.000
IBAN: AT2560000000
8812733
BIC: OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN	NIEDERÖSTERREICH
SLP-Ortsgruppe jeweils Montag, 18 ⁰⁰ Uhr im 'Wiener Café' Esplanade Gmunden	unregelmäßige Treffen Infos per E-Mail slp@slp.at
GRAZ	WIEN
SLP-Ortsgruppe jeweils Montag, 18 ⁰⁰ Uhr im 'Stockwerk' Jakominiplatz 18	SLP Wien-West jeweils Montag, 18 ³⁰ Uhr in der "Libreria Utopia" 15.; Preysinggasse 26-28/1 (U3-Schweglerstraße)
LINZ	SLP Wien-Nord jeweils Dienstag, 18 ³⁰ Uhr in der "Pizzeria La Piazza" 20.; Gaussplatz 7 (31 bis Gaussplatz oder Nähe U4 Friedensbrücke)
SLP-Ortsgruppe jeweils Montag, 19 ⁰⁰ Uhr im 'Alte Welt', Hauptplatz 4	SLP Wien-Mitte jeweils Donnerstag, 19 ³⁰ Uhr im "Kebab-Haus" 4.; Operngasse 26 Nähe Karlsplatz
SALZBURG-STADT	Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at
SLP-Ortsgruppe jeweils Dienstag, 19 ⁰⁰ Uhr im 'Shakespeare' Hubert-Sattler-Gasse 3 Nähe Mirabellplatz	
Kein SLP-Treffen in der Nähe? Wir helfen Dir beim Aufbau!	

Andere über uns



Am Tag nach dem brutalen Angriff von ca. 40 Neonazis auf das Lokal der linken türkischen Organisation Atıf versammelten sich Hunderte in Wien Favoriten, um gegen faschistische Gewalt zu protestieren. SLP-Aktivistin Helga Schröder wurde von WienTV interviewt und rief zu einem gemeinsamen Kampf gegen die sozialen Missstände auf, auf deren Basis die Nazis überhaupt ihre Hetze verbreiten können.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

- Neues, handliches Format
- Neues, modernes Design
- Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht
- Jahres-Abo (10 Ausgaben)
- € 24,- Normal-Abo
- € 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen
- ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Bald beginnt das große Zittern!

Krise, Winter und steigende Kosten heizen Obdachlosigkeit an!

Der Winter kommt und bedeutet für viele frieren: in den Wohnungen, weil die Energiekosten noch stärker steigen als die übrigen Lebenshaltungskosten. Oder frieren irgendwo draußen in Hauseinfahrten oder Parks. Alleine in Wien wurden letzten Winter rund 9.000 Obdachlose von Hilfsstellen betreut. Eine Verdoppelung seit 2006!

Die meisten landen durch Jobverlust, Scheidung oder Krankheit auf der Straße. Und von dort

wieder wegzukommen wird gerade in der Krise immer schwieriger. Seit über zehn Jahren baut das „rote“ Wien keine Gemeindeförderungen mehr und für viele andere Wohnungen werden Eigenmittel wie Genossenschaftsbeitrag oder Ablöse gebraucht. Die Privatschulden sind in den letzten zehn Jahren um 70 % gestiegen. Während die Politik heile Welt spielt, fehlt es an allen Ecken und Enden!

Statt die Ursachen zu bekämpfen, werden die Ob-

dachlosen bekämpft – wie z.B. mit der Räumung des Stadtparks. Aber wo sollen sie hin, der Kapitalismus produziert nun mal Obdachlosigkeit. Nicht wenige der Obdachlosen stammen aus Osteuropa, wo auch österreichische Firmen Armut produzieren. Wollen wir die sozialen Probleme wirklich lösen, können wir das nur international tun. Darum ist die SLP auch gemeinsam mit Parteien anderer Länder im CWI organisiert.

Albert Kropf



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- > Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- > Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- > Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- > Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- > Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- > Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- > Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- > Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- > Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- > Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- > Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- > SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

- sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- > Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- > Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- > Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- > Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.